

---

# Editorial: Epochenbruch – Bewältigung von Abhängigkeiten

ANDREAS PFINGSTEN, DOROTHEA SCHÄFER UND ANDREAS STEPHAN

---

**Andreas Pfingsten**, Institut für Kreditwesen der Universität Münster, E-Mail: [Andreas.Pfingsten@wiwi.uni-muenster.de](mailto:Andreas.Pfingsten@wiwi.uni-muenster.de)  
**Dorothea Schäfer**, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin und Jönköping University, E-Mail: [dschaefer@diw.de](mailto:dschaefer@diw.de)  
**Andreas Stephan**, Linné-Universität, Växjö, E-Mail: [andreas.stephan@lnu.se](mailto:andreas.stephan@lnu.se)

---

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, und die dadurch ausgelöste Energiekrise, haben schmerzlich die Abhängigkeit vieler europäischer Länder von russischer fossiler Energie offenlegt. Dieses trifft auf Deutschland in besonderem Maße zu. Zu lange hat man sich in der Vergangenheit auf die Verfügbarkeit billiger fossiler Energie aus Russland verlassen, ohne das Risiko als Folge dieser starken Abhängigkeit wahrzunehmen. In der Finanzwirtschaftslehre gilt für Investitionen, dass Diversifikation entscheidend ist, während bei der Energieversorgung lange Zeit das Prinzip „nicht alle Eier in den gleichen Korb zu legen“ nicht beachtet wurde. Sicher ist, dass die Folgen der Energiekrise sowohl die Haushalte als auch die Unternehmen noch langfristig belasten werden.

Die Beiträge in diesem Heft beleuchten die Abhängigkeit von Russland im Energie- und Rohstoffbereich, und die daraus resultierenden Folgen. Wirtschaftliche Auswirkungen der Abhängigkeiten werden diskutiert und mögliche Strategien zur Bewältigung von Abhängigkeiten vorgestellt. Ein Grundkonsens der Autorinnen und Autoren in diesem Heft ist, dass die Epoche der billig verfügbaren fossilen Energieträger zu Ende ist, und die Transformation zu einer klimaneutralen Energieversorgung auch im Hinblick auf die gesteckten Klimaziele nun beschleunigt werden muss.

Der erste Beitrag von *Stefan Mittnik* und *Willi Semmler* mit dem Titel **Die Substitution fossiler Energieträger – die Analyse wirtschaftlicher Kurz- und Langfristwirkungen** geht der Frage nach, wie sich der durch den Krieg ausgelöste Energieschock kurz- und langfristig auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Wachstumsrate des BIP auswirken. In den letzten Monaten sind modellbasierte Prognosen erstellt worden, wie sich ein russischer Gas-Stop oder ein Gasembargo wirtschaftlich auswirken. Die Autoren bemängeln, dass viele Studien den Zeithorizont der Krisenbewältigung mit ihren Modellen nicht ausreichend spezifizieren. Außerdem werden kompensierende Effekte, welche durch den verstärkt zu erwartenden Ausbau der erneuerbaren Energien auftreten, oftmals nicht berücksichtigt. Daher wird hier ein modellgestützter ökonomischer Ansatz unter Einbeziehung von Input-Output-Matrizen sowie von Vector-Autoregressiven (VAR) Modellen verwendet. Die Resultate verdeutlichen, dass sich ein Energieschock im Bereich fossiler Energien langfristig sogar positiv auf Wachstum und Beschäftigung auswirken kann, sofern ein Umstieg der Energieversorgung auf erneuerbare Energien eingeleitet wird.

---

Der zweite Beitrag **EU-Gasimportzoll im Duopol: Ein Beitrag zur Debatte über Energiesanktionen gegen Russland** von *Werner Roeger* und *Paul Welfens* untersucht die Auswirkungen eines möglichen Importzolls auf russisches Gas als Alternative zum diskutierten Importverbots, d. h. einem europäischen Gasembargo. Ein Vorteil von Zöllen ist, dass den öffentlichen Haushalten weitere Einnahmen entstehen würden. Ein Nachteil ist, dass ein Teil als Preiserhöhung an die Gaskonsumenten weitergegeben würde. Das Modell zeigt, dass Zölle den Marktanteil von Gazprom erheblich verringern würden. Außerdem könnte Gazprom die Gaspreise nur bis zu 50 Prozent des Zolls erhöhen, sofern Gazprom weiterhin Marktführer bliebe. Falls aber die Marktführerschaft von Gazprom verloren ginge, wäre eine Preiserhöhung von etwa 25 Prozent für die Verbraucher wahrscheinlich. Außerdem würden die Wettbewerber ebenfalls ihre Preise erhöhen, und falls diese Marktführer würden, sogar signifikant. Diese Resultate zeigen, dass eine Zollstrategie für russisches Gas Preiserhöhungen für die Verbraucher in der EU zur Folge hätte.

Der dritte Beitrag **The Impact of the Russian-Ukrainian War on Europe's Forest-Based Bioeconomy** von *Hans Löffel* und *Andreas Stephan* geht der Frage nach, wie sich der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine auf die Klimaziele der EU auswirkt, wobei insbesondere der Bereich der holzbasierten Bioökonomie analysiert wird. Diesem Bereich wird in der revidierten Forststrategie der EU und dem Green Deal eine besondere Rolle zugewiesen. Wälder sind momentan die günstigste Form, um Kohlendioxid aus der Atmosphäre auf natürliche Weise zu binden und damit die noch vorhandenen Emissionen der Industrie zu kompensieren. Weiterhin ist Holz zunehmend ein wichtiges Ausgangsprodukt, um beispielsweise Materialien zu ersetzen, die mit fossilen Energieträgern hergestellt werden. Russland ist global das walddreichste Land und 20 % des weltweit gehandelten Nadelholzes stammen aus Russland. Der Import von Holz aus Russland und Belarus in die EU ist als Folge des Krieges gestoppt worden, und die ukrainische Holzwirtschaft ist in weiten Teilen kriegsbedingt auch zum Erliegen gekommen. Beides führt dazu, dass die EU sich zukünftig verstärkt auf die einheimische Holzproduktion konzentrieren muss, wobei eine verstärkte Nutzung mit klimapolitischen Zielen sowie der Erhaltung von Biodiversität für die europäischen Wälder nur schwer in Einklang zu bringen sein wird.

Der vierte Beitrag **Zeitenwende für Wertschöpfungsketten Deutschlands und der EU?** von *Heike Jobges* und *Melike Döver* befasst sich mit der Frage, inwieweit auch globale Wertschöpfungsketten vor einer Epochenwende stehen. Die Verflechtung der internationalen Wirtschaft hat seit der Finanzkrise deutlich an Dynamik verloren, und zunehmend wird Reshoring von Produktion beobachtet. Die Pandemie mit der damit verbundenen Unterbrechung von Lieferketten sowie der Krieg in der Ukraine haben die Wahrnehmung für Risiken geopolitischer Abhängigkeiten erhöht. Die Analyse zeigt, dass Deutschland insbesondere von China abhängt, da der Anteil der Wertschöpfung von China an den deutschen Exporten im Laufe der vergangenen Jahrzehnte stark angestiegen ist. Die Autoren schlussfolgern, dass auch im globalen Handel und den Wertschöpfungsketten ein Bruch eingetreten ist, und dass mangelnde Diversifizierung auch hier zu problematischen Abhängigkeiten führt. Der Beitrag thematisiert überdies die Notwendigkeit von gezielten industriepolitischen Anreizen für ein Reshoring von Produktion.

Die Autor\*innen des abschließenden Beitrags **Klimaneutral heizen statt Erdgas verbrennen – Wärmewende in der Krise?**, von *Elisa Dunkelberg*, *Julika Weiß* und *Bernd Hirschl*, stellen dar, wie in naher Zukunft lokal verfügbare Wärmequellen als Alternative zum russischen Gas, welches auch aus Klimagesichtspunkten umstritten ist, erschlossen werden müssen. Auf den Gebäudesektor gehen 15 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland zurück, und die bisherigen Reduzierungen sind unzureichend. Daher sollte auch die Senkung des Energieverbrauchs durch energetische Sanie-

rung vorangetrieben werden. Die Herausforderungen, um den notwendigen Wandel im Gebäudesektor und im Wärmemarkt zu gestalten, sind groß. Die Politik sollte flankierende Maßnahmen ergreifen, um Voraussetzungen zu schaffen und Hemmnisse zu beseitigen. Angesichts der gegenwärtigen Energiekrise sollten auch kurzfristig erschließbare Effizienz- und Suffizienzpotenziale gehoben werden.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Die Überwindung der vielfältigen Abhängigkeiten im Energie- und Rohstoffbereich erfordert auf der einen Seite hohe Investitionen in Eigenproduktion und diversifizierte Bezugsquellen, auf der anderen Seite sind große Einsparungen unabdingbar. Unabhängig davon, auf welchen Wegen die Abhängigkeiten bewältigt werden, kurzfristig wird dies zu Wohlstandseinbußen führen. Wenn jedoch bei der Energieversorgung der Umstieg auf erneuerbare Energien gelingt, ist langfristig von der Bewältigung des Energieschocks im Bereich fossiler Energien eine positive Wirkung auf Wachstum und Beschäftigung zu erwarten.